

Änderungsantrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Drs. 19/2279

Bürokratieabbau in Berliner Krankenhäusern

Das Abgeordnetenhaus wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Bürokratieabbau in Berliner Krankenhäusern – Krankenhausplan klug nutzen

Der Senat wird aufgefordert, den Prozess zum Berliner Krankenhausplan so zu nutzen, dass nicht mehr Bürokratie entsteht. Orientiert am laufenden bayerischen Modellprojekt soll im Rahmen des Krankenhausbeirats eine Arbeitsgruppe (AG) mit dem Titel „Bürokratieabbau für Berliner Krankenhäuser“ bestehend aus Senat, Medizinischen Dienst, Berliner Krankenhausgesellschaft sowie Vertretungen der gesetzlichen Krankenkassen gegründet werden. Der Arbeitsauftrag dieser AG ist es, die Maßnahmen aus Bayern für Berlin zu überprüfen, sowie weitere Handlungsfelder zu definieren, Lösungskonzepte zu entwickeln und im Rahmen der Krankenhausplanung umzusetzen. Dabei soll die Qualität der Versorgung gewahrt bleiben, während gleichzeitig die Integration von Digitalisierungsmaßnahmen als ein zentraler Bestandteil der Lösungskonzepte berücksichtigt wird.

Begründung

Ein gut durchdachter Krankenhausplan ist von zentraler Bedeutung, um eine bedarfsgerechte, flächendeckende und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Ziel ist es, durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform die strukturellen Herausforderungen wie die Überlastung der Krankenhäuser, den Fachkräftemangel und die ungleiche Versorgung in ländlichen Regionen gezielt anzugehen. Eine Reform muss den Fokus auf eine patientenorientierte Versorgung legen, die von den Bedürfnissen der Menschen und nicht von ökonomischen Interessen bestimmt wird. Gleichzeitig gilt es, die

Arbeitsbedingungen für das Krankenhauspersonal zu verbessern und den ökologischen Fußabdruck des Sektors zu verringern. Durch die Arbeitsgruppe soll ein ausgewogenes Konzept entwickelt werden, das sowohl die Qualität der Versorgung erhöht als auch eine langfristige, effiziente und faire Gesundheitsversorgung sicherstellt.

Berlin, den 20. Mai 2025

Jarasch Graf Gebel
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen